

**Arbeitsgemeinschaft der Menschenrechtsorganisation**  
**WAG - Justiz–Opfer–Hilfe NRW/DEUTSCHLAND**  
**Menschenrechtsverteidiger: Doberenz, Heinz Wilhelm**

Gem. UN-Res A/RES/56/83 Art. 9 u. 11

Doberenz Heinz Wilhelm , Lübbecker Str. 35-39, 32584 Löhne

Löhne den 10.08.2013

**An das deutsche Volk  
z. Hd. allen Staatsbürgern  
des  
Freistaat Preußen**

per Fax und E-Mail Verteiler

**AUFRUF AN DAS DEUTSCHE VOLK ZUM WIDERSTAND  
gegen die  
BUNDESTAGSWAHL im SEPTEMBER 2013**

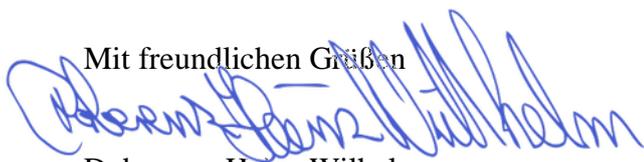
Sehr geehrte Damen und Herren,

am 25. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht das Bundeswahlgesetz für verfassungswidrig und damit für nichtig befunden. Damit steht fest, daß unter der Geltung des Bundeswahlgesetzes **NOCH NIE (!)** der verfassungsmäßige Gesetzgeber am Werk war.

Der **VERFASSUNGSWIDRIG GEWÄHLTE „BUNDESTAG“** ist somit als **VERFASSUNGSWIDRIGES BRD-ORGAN NICHT BEFUGT**, einfach ein neues Wahlgesetz (**oder irgendein anderes Gesetz**) zu beschließen. Siehe hierzu auch die zwei-seitige Anlage von Rechtsanwalt Lutz Schäfer.

Somit steht nach Offenkundigkeit fest, daß die Bundestagswahl im September 2013 nicht verfassungsgemäß durchgeführt werden kann. Darüber hinaus bleibt zu befürchten, daß Bürger die im September 2013 an der BRD-Wahl teilnehmen, sich selbst **ggf.** auch des Verfassungsbruch und **ggf.** auch des Hochverrates am deutschen Volk schuldig machen. In diesem Zusammenhang verweisen wir als Menschenrechtsorganisation **WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland** vorsorglich auch noch auf den § 138 (3) **StGB**, hin.

Mit freundlichen Grüßen



Doberenz, Heinz Wilhelm

**Interim**-Staatsbeamter (Botschafter) des Staates Deutschland/Germanitien,  
**IPD**-Senator, Rechtsbeistand (gem. Art. 1 § 7 **RBerG**, Art. 6 Abs. 3 c **MRK**, Art. 14 Abs. 3 d **IPbPR**),  
Friedensstifter, **Menschen-** und **Völkerrechtler**, Journalist, **Reporter**, Forscher,  
Natur-, Tier- und **Umweltschützer**, geographischer **Patriot** und **Lebensberater**.

**JOH – Verbände**

aktiver Christen

Natur & Umweltschutz

Kinderschutzbund

Väteraufbruch

der chronisch Kranken

gegen Behördenwillkür

gegen GEZ, GEMA - Abzocke

staatliche Selbstverwaltungen

Heimatschutz

Journalisten

Detekteien

Tierschutzbund

Inkasso

Mediatoren

**Tätigkeitsschwerpunkte**

Menschenrechte

Rechtsmanagement

Sicherheitsmanagement

Treuhand

Zwangsversteigerungen

Forensische Psychologie

Kriminologische Psychologie

**Adresse:**

Justiz-Opfer-Hilfe Deutschland

Lübbecker Str. 35-39

32584 Löhne

Tel.: 05732 / 680 41 70

Fax: 05732 / 680 41 71

Notfallnr. 0170 / 745 38 23

E-Mail: info@joh-nrw.net

**Bürozeiten**

Di & Fr 11:00 – 16:00 Uhr

u. n. **Terminvereinbarung**

**Kontoverbindung**

Axel Thiesmeier

Ko.-Nr.: **9 617 034 457**

Blz.: **604 200 00**

**Wüstenrot Bank AG**



## **AUFRUF AN DAS DEUTSCHE VOLK ZUM WAHLBOYKOTT**

**Wir, das deutsche Volk ... wir haben niemanden von denen ermächtigt das deutsche Volk auszupressen, zu belügen und zu betrügen und/oder zu verhetzen.**

**Wir, das deutsche Volk ... wir konnten das auch zu keinem Zeitpunkt, denn recht- und staatenlose „Kriegsgefangene“ haben überhaupt keine Wahl.**

**Wir, das deutsche Volk ... wir sind nach Offenkundigkeit (vgl. ZPO § 291) bis zum heutigen Tag „Kriegsgefangene“ denn wir haben bis zum heutigen Tage, weder einen wirksamen Friedensvertrag noch gab es überhaupt eine „de jure“ korrekte Wiedervereinigung.**

**Wir, das deutsche Volk ... wir werden/wurden seit Ende des 2. Weltkrieges immer wieder nur belogen und betrogen. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein souveräner Staat, hat kein eigenes Staatsgebiet, kein eigenes Staatsvolk, keine eigene Staatsangehörigkeit und auch keine vom deutschen Volk legitimierte Verfassung. Die Staatsangehörigkeit des deutschen Volkes ist auch nicht „Deutsch“, sondern die Staatsangehörigkeit der deutschen Staatsbürger ist/wird nach RuStAG von 1913 geregelt.**

**Wir, das deutsche Volk ... wir werden bis heute von allen Parteien die in der BRD zur Wahl zugelassen sind, nur benutzt. Den Parteien (Politikern) geht es auch nicht um unsere Wählerstimme, sondern ausschließlich um die Wahlbeteiligung. Über genau diese Wahlbeteiligung leiten die Parteien (Politiker) ihre Legitimation als Volksvertreter des deutschen Volkes ab, denn bekanntlich muß sich jeder Wähler vor der „Stimmabgabe“ ja in seinem Wahllokal mit seinem Personalausweis legitimieren. Und nur darum geht es den Parteien und Politikern. Sie benötigen ihre Legitimation über die Wahlbeteiligung.**

**Für Sie als Wähler bleibt zu beachten:**

**Staatsbürger, die im September 2013 an der BRD-Wahl teilnehmen, die machen sich selbst ggf. nicht nur wegen Verfassungsbruch und ggf. auch wegen Hochverrat am deutschen Volk schuldig, sondern diese deutschen Bürger legitimieren die korrupten „Volksvertreter“ auch, daß deutsche Volk weiterhin auszupressen, zu belügen/betrügen und zu verhetzen. Wegen ggf. Hochverrat am deutschen Volk machen sich diese deutschen Bürger schuldig, weil sie durch ihre Teilnahme an dieser verfassungswidrigen BRD-Wahl z. B. auch weiterhin einen Friedensvertrag, eine echte Wiedervereinigung und die Anpassung der bis heute gültigen deutschen Verfassung, verhindern.**

**Nach StGB § 138 (3) besteht Anzeigepflicht gegen jede Person, die es unternimmt dem deutschen Volk Schaden zuzufügen. Staatsbürger aus dem deutschen Volk, die im September 2013 an der BRD-Wahl teilnehmen, sind also streng genommen ggf. auch zur Anzeige zu bringen. In diesem Zusammenhang wird hier auf das Urteil des BRD-Verfassungsgericht (Grundgesetzgericht) vom 25. Juli 2012 verwiesen, in dem festgestellt worden war, daß das Bundeswahlgesetz ungültig ist. Damit steht aber auch fest, daß eine**

illegale Bundesregierung nicht einfach ein neues Wahlgesetz auf den Weg bringen kann/konnte.

**Geh Denken!!!**

In diesem Zusammenhang sei hier auch noch auf GG 20 (4) – Widerstandsrecht i. V. mit StGB § 32 – Notwehrrecht, verwiesen. Dabei bleibt zu bedenken, daß ein Recht zur Pflicht wird, sobald es der Umstand erforderlich macht. !!!

Um weiteren Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, besteht hier also die Pflicht, die BRD-Wahl im September mit Abwesenheit zu boykottieren und ggf. auch zu verhindern.

Jeder der zu der BRD-Wahl im September 2013 aufruft (vgl. Wahlbenachrichtigung, Wahlplakate, Infostände, usw.), der macht sich somit ebenfalls wegen ggf. Anstiftung zum Verfassungsbruch und wegen ggf. Hochverrat am deutschen Volk, schuldig.

Hier besteht somit ebenfalls die Anzeigepflicht entsprechend StGB § 138 (3) i. V. mit StGB § 32, um sich nicht selbst der Täterschaft schuldig zu machen.



Weitere Informationen erhalten Sie unter: <http://www.joh-nrw.net>

**JOH-Tipp:** Aktiver Wahlboykott, denn die Stimme des Wählers zählt nicht.

Den BRD-Parteien (Politikern) geht es ausschließlich um die Wahlbeteiligung! Die „Wähler“ legalisieren die BRD-Politiker somit ausschließlich über ihren Personalausweis, den die „Wähler“ im „Wahllokal“ ja bekanntlich vorlegen müssen.

Lassen Sie sich als Staatsbürger in Zukunft bitte nicht mehr durch korrupte BRD-Politiker kriminalisieren. Das Benutzen/Vorzeigen des Personalausweises ist nach OWiG § 111 eine klare Straftat und könnte mit einem Bußgeld von bis zu 1000 Euro geahndet werden, denn bei dem BRD-Personalausweis handelt es sich um ein gefälschtes Dokument. Einen Staat „Deutsch“ gibt es nicht. Der Täuschung im Rechtsverkehr, der Amtsanmaßung, des Betruges, usw., macht sich aber z. B. auch jeder BRD-Beamte (Polizei, GV, OGV, Richter, Rechtspfleger, Staatsanwalt, usw.) schuldig, wenn dieser in der Öffentlichkeit vorgibt einen hoheitlichen Akt durchzuführen und sich dann nur mit einem BRD-Dienstausweis legitimieren kann. Dieser BRD-Dienstausweis bestätigt lediglich die Abhängigkeit zum Dienstherrn, berechtigt aber nicht dazu Amtshandlungen gegen Staatsbürger durchführen zu können. Hier ist immer von der o. g. Widerstandspflicht und der Anzeigepflicht nach StGB § 138 (3) Gebrauch zu machen. Darüber hinaus muß auch immer ein „Vertrag über Schadenersatz“ gegen diese Personen zur Anwendung gebracht werden. Bei weiteren Fragen zu diesem Thema schreiben Sie bitte eine E-Mail an: [info@joh-nrw.net](mailto:info@joh-nrw.net)

**Bitte dieses Schreiben ausdrucken und an Bekannte/Freunde/Verwandte faxen.**

# AUFRUF AN DAS DEUTSCHE VOLK ZUM

# WIDERSTAND

nach Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Am 25. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht das **Bundeswahlgesetz** für **verfassungswidrig** und damit für **nichtig** befunden. Damit steht fest, daß unter der Geltung des Bundeswahlgesetzes **NOCH NIE (I)** der verfassungsmäßige Gesetzgeber am Werk war!

Der **VERFASSUNGSWIDRIG GEWÄHLTE „BUNDESTAG“** ist somit als **VERFASSUNGSWIDRIGES BRD-Organ NICHT BEFUGT**, einfach ein neues Wahlgesetz (oder irgendein anderes Gesetz) zu beschließen!

Jedes Verfahren, dem nachkonstitutionelles Recht zugrunde liegt, ist wegen des **VERFASSUNGSWIDRIGEN ZUSTANDEKOMMENS** dieses Gesetzes selbst **VERFASSUNGSWIDRIG** und **DAMIT NICHTIG!**

## BUNDESTAG ILLEGAL!

Der gesamte „**Bundestag**“, nebst der deutschfeindlichen Merkel-„Regierung“, **IST SOFORT AUFGELÖST!**

Diese verfassungshochverräterische Figuren der illegalen Merkel-„Regierung“, die von mehreren Tausend mutigen Deutschen mittlerweile wegen **Hochverrat, Hehlerei und Bildung einer kriminellen Organisation** bei diversen Staatsanwaltschaften angezeigt worden ist, hätten uns Deutsche ohne verfassungsmäßige Grundlage (!) eiskalt an den ESM **VERRATEN UND VERKAUFT**, ohne daß sich auch nur ein einziger Staatsanwalt dafür interessiert.

Alle Prozesse nach dem neuen Waffenrecht, dem KWKG (Kriegswaffenkontrollgesetz), dem neuen BGB, dem Sozialgesetzbuch und vor allem **STEUERSACHEN nach der AO 77**, sind darauf zu überprüfen, ob die angewandten Gesetze überhaupt vom **verfassungsmäßigen Gesetzgeber** erlassen wurden, oder immer nur von ein paar Leuten, die sich weitgehend selbst gewählt haben, **um deutsche Interessen zu verkaufen**, um kräftig Diäten abzukassieren und den „Gesetzgeber“ zu spielen!

Es ist umfassend zu überprüfen ob abgeschlossene Verfahren wieder aufzunehmen sind bzw. ob und welche Schadensersatz- oder Rückforderungsansprüche gegen den **BRD-(Schein-)„Staat“** geltend zu machen sind.

Welche Besoldungs-, welche Pensions- oder gar welche Diätengesetze haben überhaupt Gültigkeit?

**IN ALL DIESEN BEREICHEN  
IST JETZT SO ZIEMLICH JEDE GESETZLICHE GRUNDLAGE WEGGEBROCHEN!!**

Man denke auch an die gesinnungs-strafrechtlichen Verschärfungen  
und die daraus resultierenden gefüllten Gefängnisse!

Jedem Einzelnen sei nun geraten, in den **anhängigen Verfahren** die gesetzlichen Grundlagen in Zweifel zu ziehen, aus dem Gesichtspunkt der **Nichtigkeit wegen Verfassungswidrigkeit**.

Aus der Karlsruher Entscheidung folgt, daß jedes seriöse Gericht (den gesetzlichen Richter setzen wir gedanklich einmal voraus) bestehende Verfahren sofort unterbrechen und pflichtgemäß eine Vorlage nach Art. 100 GG an das Bundesverfassungsgericht (**Bundesgrundgesetzgericht**) durchführen muß.

**Dies gilt für nahezu 99% (!) aller anhängigen Verfahren** bzw. für alle Verfahren, die unter der Geltung des „Bundeswahlgesetzes“ stattfanden!

# MERKEL IST KEINE KANZLERIN!

Sämtliche Wahnsinnsbeschlüsse der illegalen Merkel-"Regierung", aber auch die, der vorhergegangenen "Regierungen", wie z.B. der **ESM**, die **EU-Diktatur**, die Abkommen von **Maastricht** bis **Schengen**, der "**Lissabon-Vertrag**" uvm. **sind per sofort nichtig und hinfällig!**

### **Handeln Sie deshalb jetzt!**

Das Deutsche Volk muß die Macht in Deutschland wieder in die eigene Hand nehmen und es müssen dringend Präzedenzfälle geschaffen werden!

Das illegale BRD-Politsystem versucht in gewohnter Manier, die fundamentale Bedeutung dieses bahnbrechenden Urteils des Verfassungsgerichtes herunterzuspielen und tut so, als ob es sich beim **verfassungswidrigen Bundeswahlgesetz** nur um einen "kleinen Betriebsunfall" handeln würde und ansonsten alles in Ordnung wäre.

### **Dem ist aber nicht so!**

Jetzt kommt plötzlich ans Licht, wie die großen Systemparteien, insbesondere die CDU, dafür gesorgt haben sich unliebsame politische Konkurrenten vom Leibe zu halten, um stets "sauber" als angebliche Mehrheitspartei dazustehen.

**MERKEL IST AB SOFORT KEINE „KANZLERIN“ MEHR (UND WAR ES OFFENSICHTLICH AUCH NIE), sondern nur eine x-beliebige Privatperson, genau wie ALLE Minister, Abgeordneten etc...!**

**Dies muß jetzt ganz klar erkannt und herausgestellt werden.**

**Es ist nicht zulässig, daß Merkel** sich jetzt mal eben mit der Opposition abstimmt und **schnell noch ein neues Wahlgesetz auf den Weg bringt**, damit ihre zusammengelogene Beliebtheit und der nächste Wahlsieg nicht gefährdet werden!!

Kein einziger **ABGEORDNETENHANSEL** hat ab heute mehr etwas im Bundestag verloren, geschweige denn zu besprechen oder zu mauscheln!

**JEDER, der sich jetzt noch ein Amt annaßt** und mit dem Ausverkauf Deutschlands fortfährt, **IST FESTZUSETZEN** bis zur **späteren Verhandlung** vor einem vom **Volk legitimierten Gericht!**

Niemand hat momentan die Legimitation als Vertreter des Deutschen Volkes aufzutreten und / oder irgendwelche internationalen Unterwerfungserklärungen abzugeben oder überhaupt irgendetwas im Namen des Deutschen Volkes zu veranstalten oder zu entscheiden.

Wie schon beim **Verfassungshochverrat durch die illegale BRD-Regierung** im Zusammenhang mit dem ESM, ist leider auch dieses Mal auf weiter Flur nichts von den (abhängigen und weisunggebundenen) „Staats“-Anwälten zu hören und zu sehen!

**Die gegenwärtige Situation ist die offensichtlichste WIDERSTANDSSITUATION (nach Art. 20 4 GG), in der wir Deutschen uns jemals befunden haben!**

**Jetzt muß das gesamte deutsche Volk aufstehen, handeln und sich organisieren.**

**SOFORT SCHLUSS MIT BRD-ABZOCKER-FIRLEFANZ WIE „GEZ“ UND ÄHNLICHEM ...!  
SOFORT SCHLUSS MIT ZWANGS-„KAMMERSCHAFTEN“, ZWANGS-„MITGLIEDSCHAFTEN“ u.ä!  
SOFORT SCHLUSS MIT ALLEN ILLEGALEN BRD-„STEUERN“!**

**Und vor allem:**

**SCHLUSS MIT MERKEL UND IHREM HOCHVERRÄTER-KABINETT!!**

Gleichzeitig ist der Weg sofort zu bereiten, den Art. 146 GG durch das Deutsche Volk umzusetzen und zwar in seiner ursprünglichen Form!

**Es lebe die wahre und echte Demokratie!**

**Alle Staatsgewalt geht ausschließlich vom deutschen Volke aus!**

☛ **Bitte diese Informationen kopieren, ausdrucken und weiträumig verbreiten.**

Von Rechtsanwalt Lutz Schäfer • [http://www.lutzschaefer.com/index.php?id\\_kategorie=8&id\\_thema=255](http://www.lutzschaefer.com/index.php?id_kategorie=8&id_thema=255)  
<http://www.politaia.org/wichtiges/bundeswahlgesetz-der-gesamte-bundestag-ist-sofort-aufzulosen/>

Höhere Stückzahlen zwecks Weitergabe können preiswert angefordert werden bei  
RK Druck- und Vertrieb • Postfach 1824 • 58018 Hagen • [www.ruedigerkahn.com](http://www.ruedigerkahn.com)



## Министерство Иностранных Дел Российской Федерации

117545, Россия, Москва, Овчинниковская набережная, дом 145/34

Биргит Фацекас  
Нидерхоодорфер штрассе 64  
Д-08058 Цвикау

Исх № 232/16 от 14.05.2010 г.  
Экз. № 3

### **Многоуважаемая Госпожа Фацекас!**

Ваш запрос, касающийся содержания собак, налога на них и других налогов, представительскими требуемых органами ФРГ, получен.

Российская Федерация разрешает Вашим собакам свободно передвигаться по территории Средней Германии.

Установлено, что основополагающие директивы, с принадлежащими им текстами законов, налоги и т.д. против немецкого суверенитета разрешающие управляющим - ФРГ, взимать с помощью специальных отделов финансовых ведомств ООО ФРГ должны быть предоставлены под номерами приказов и служб, заверенным военным представителем Российской Федерации.

Хозяин на немецкой земле является немецкая Империя согласно параграфа 29 Федерального Закона о Заработной плате. Правительство Империи было арестовано 23 мая 1945 года. Оно являлось организацией неспособной вести переговоры. Мы ссылаемся на Военный закон № 6 Советской военной администрации в Германии.

ФРГ должно предоставить нотариально заверенные документы для показания, что ваши утвержденные правовые основы при ООН заявлены согласно существующим правилам.

Исходя из Федеративных законов упорядочивания от 2006 и 2007 годов, изданный союзниками, приказы Советской военной администрации автоматически снова приводятся в действие.

Русская зона оккупации на территории Средней Германии принадлежит территориально к международно признанной существующей немецкой Империи. Немецкая Империя не предусматривает в своем своде законов налоги на собак.

Преемником Советского Союза является - Российская Федерация.

С уважением,

старший советник дипломатического корпуса РФ



Королев М.С.

# Geh Denken

Übersetzung aus dem Russischen

Außenministerium der Russischen Föderation

117544 Russland, Moskau, Ovchinnikovskaya naberezhnaya Haus 145/34

AZ: 232/16 vom 14.05.2010  
Ex. Nr. 3

An Birgit Fazekas  
Niederhohndorfer Straße 64  
D-08058 Zwickau

Sehr geehrte Frau Fazekas!

Ihre Anfrage bezüglich der Hundehaltung, der Hunde- und anderen Steuern, die von den Behörden der BRD verlangt werden, ist hier eingegangen.

Russische Föderation genehmigt eine freie Bewegung Ihren Hunden auf dem Gebiet des Zentraldeutschlands.

Es steht fest, dass die grundlegenden Richtlinien mit dem zugehörigen Gesetzzinhalt, die gegen die deutsche Souveränität erlauben der Führung – der BRD mit Hilfe von Fachabteilungen der Finanzbehörden der Vereinten Nationen Steuern usw. einzuziehen, versehen mit dem Aktenzeichen der Anordnung und der Angabe der Behörde mit Beglaubigung durch die Militärvertretung der Russischen Föderation einzureichen sind.

Der Eigentümer des deutschen Bodens ist das Deutsche Reich laut des Paragraphen 29 des Bundesgesetzes über Arbeitslohn. Die Reichsregierung wurde am 23. Mai 1945 festgenommen. Sie war eine Organisation, die zu Führung von Verhandlungen unfähig war. Wir nehmen Bezug auf das Militärgesetz Nr. 6 der Sowjetischen Militärregierung in Deutschland.

Die BRD hat notariell beglaubigte Unterlagen vorzulegen als Nachweis, dass Ihre bestätigten rechtlichen Grundlagen bei den Vereinten Nationen gemäß den bestehenden Regeln angegeben wurden.

Aufgrund der Bundesgesetze für Einordnung von 2006 und 2007, veröffentlicht von den Alliierten, treten die Befehle der Sowjetischen Militärregierung automatisch wieder in Kraft.

Die Russische Okkupationszone auf dem Gebiet des Zentraldeutschlands gehört geographisch zum international anerkannten bestehenden Deutschen Reich. Das Deutsche Reich hat in seinem Gesetzbuch keine Hundesteuer vorgesehen.

Der Nachfolger der Sowjetunion ist die Russische Föderation.

Mit freundlichen Grüßen

Senior Advisor des diplomatischen Korps RF

Korolev M. S.

Siegel: Staatskomitee der Russischen Föderation  
Staatsstandart Russland für Standarte und Metrologie

Die von mir gefertigte Übersetzung von einer Faxübertragung ist richtig und vollständig.

ERLEDIGT AM 13. JUNI 2010

ERLEDIGT AM 13. JUNI 2010



Diplom-Übersetzerin Valentina Heibel  
Genossenschaftstr. 29  
55743 Idar-Oberstein  
Tel.: 06781/459399  
E-Mail: valentina.heibel@gmx.de



## ***Irgendwann trifft es jeden***

- Wissenschaftler, die eine CO<sub>2</sub>-Klimaerwärmung bestreiten, werden als „pseudowissenschaftlich“ bezeichnet und als „Klimaleugner“ abgetan und isoliert.
- Journalisten, die die „offizielle“ Geschichtsdarstellung der Ereignisse des 11. September 2001 in Frage stellen, werden als „einseitig tendentiös“ bezeichnet und von ihrem Arbeitsplatz entfernt.
- Wer Gentechnologie, Embryonenforschung, Tierversuche oder Organentnahme bei „Hirntoten“ abschaffen will, wird als „unwissenschaftlich“ und „fortschrittsfeindlich“ bezeichnet und seine Karriere als beendet.
- Wer von Chemtrails oder Bewußtseinskontrolle spricht, wird als „Verschwörungstheoretiker“ abgetan.
- Ärzte, die vor Impfung warnen, erhalten Berufsverbot. Eltern, die sich weigern, ihr krebserkranktes Kind mit Bestrahlung und „Chemotherapie“ behandeln zu lassen, wird das Sorgerecht entzogen.
- Wer eine von der deutschen Reichsregierung angeordnete Massenvernichtung von Juden („Holocaust“) bestreitet oder bezweifelt, wird als sog. „Holocaustleugner“ mit Geld- oder Gefängnisstrafe belegt. Rechtsanwälte, die als Verteidiger vor Gericht diesbezüglich Beweis anbieten, „stören“ ebenfalls „den öffentlichen Frieden“, werden wegen „Holocaustleugnung“ bestraft und erhalten Berufsverbot.
- Wer äußert, daß die Bundesrepublik Deutschland (BRD) bzw. Österreich (BRÖ) eine Fremdherrschaft der Sieger des 2. Weltkriegs sei, wie die DDR, wird wegen „Verunglimpfung des Staates“ bestraft.
- Wer Begriffe wie Internationale Hochfinanz, US-Ostküste, Zinsknechtschaft, Kapitalismus, Finanzkrise, Globalisierung, Demokratisierung, Hochgradfreimaurer, EU, UNO oder Neue Weltordnung mit Juden in Verbindung bringt, wird als „rechter“ oder „linker Antisemit“ bezeichnet und bestraft. Ebenso, wer äußert, die Währungsbanken, die Börsen, die demokratischen Parteien und die Medien seien in jüdischer Hand.
- Wer äußert, es würden zu viele Ausländer eingelassen und den Einheimischen mehr und mehr Arbeitsplätze, Industrie, Kulturprägung und Raum aus der Hand genommen, wird als „intolerant“, „fremdenfeindlich“ und „zu Haß und Gewalt aufrufend“ bezeichnet und u.U. wegen „Volksverhetzung“ bestraft.
- Wer Ärzte, die Abtreibungen ausführen, Mörder nennt, wird bestraft. Wer deutsche Soldaten als Mörder bezeichnet, nicht. Wer aufruft zu „Bomber Harris, do it again“ (Bomben auf deutsche Städte), auch nicht.
- Wer das Dogma von „Gleichheit“ und „Bedeutungslosigkeit“ der Geschlechter als Gefahr für die menschliche Entwicklung ansieht, hat „Vorurteile“ und wird als „homophob“ und „intolerant“ bezeichnet.
- Wer „Befreiungs“-Krieg und Invasion gegen Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien oder Iran mißbilligt, gilt als „anti-amerikanisch“ und „untragbar“. Auch wer über Anwendung von Uranbomben durch die NATO spricht.
- Wer mit der Abschaffung der Völker und ihrer Souveränität, u.a. durch Vermischung, nicht einverstanden ist, wird als „Rassist“ und „menschenverachtend“ bezeichnet und u.U. als „Volksverhetzer“ bestraft.
- Wer in der Politik ein Fehlen von Vernunft und sozialer Wärme feststellt, wird als „Idealist“ abgetan.
- Wer Volksgemeinschaft befürwortet oder auf den Fortbestand des Deutschen Reichs hinweist, wird als „Nationalist“ und „Phantast“ bezeichnet und hat in Vereinen und Gaststätten „unerwünscht“ zu sein.
- Wer Vermögen, Haus und Hof noch hat, wird es wohl für „Klima-“ oder „Euro-Rettung“ geben dürfen.
- Wer nationale Standpunkte vertritt, wird als „ewiggestrig“, als „Verführer“ und „Extremist“ bezeichnet.
- Wer solche Verhältnisse ablehnt, wird als „Feind der Freiheit“, „unbelehrbar“, „abscheulich“ und „gefährlich“ bezeichnet, existenziell ruiniert, rechtlos gestellt und plötzlich als „Terrorist“ behandelt. Oder erfährt - wer öffentlich Ansehen und Einfluß besitzt - „Rücktritt“, „Unfall“ oder „Selbstmord“.

**Wenn Sie mit diesen und anderen derartigen Umständen nicht einverstanden sind, wird man Sie früher oder später als „Nazi“ bezeichnen.**

**Also können Sie auch gleich zu uns kommen.**

**Sylvia Stolz**

Rechtsanwältin, wegen „Holocaustleugnung“ vor Gericht aus der Rechtsanwaltschaft der BRD ausgeschlossen,  
Pfarrer-Grabmeier-Allee 10, D-85560 Ebersberg, Tel: 08092-24418, sylvia.stolz@aol.com XI/2012

**Für die Töchter, für die Söhne, für das Wahre, Gute, Schöne**

